

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 116 (1983)
Heft: 26

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
116. Jahrgang. Bern, 23. Dezember 1983

Organe de la Société des enseignants bernois
116^e année. Berne, 23 décembre 1983

Bitte beachten Sie ...

die Mitteilungen der Redaktion am Schluss dieser Nummer.

Danke schön!

Christian Jaberg



NYAFARU-SCHULHILFE
BLV

PC Bern 30-9163

Schulmobiliar für Nyafaru – Es fehlen noch 7000 Franken!

Im Schulblatt vom 10. Juni 1983 haben wir über den Schulmaterialnotstand in der Nyafaruschule (Zimbabwe) berichtet: «Die Schüler schreiben in den Klassenzimmern auf dem Boden. Es fehlt wirklich überall am Nötigsten.» Unterdessen ist vom Oberlehrer P. R. Chifamba ein genauer Kostenvoranschlag eingetroffen. Erinnern wir uns: Nach der totalen Zerstörung der Nyafaruschule (sie wurde einst aus Geldern der Nyafaru-Schulhilfe des Bernischen Lehrervereins aufgebaut) während des Bürgerkriegs im damaligen Rhodesien hat man mit Hilfe der Eltern und Schüler seit 1980 11 Klassenzimmer gebaut. Jetzt fehlt noch das Mobiliar: Bänke, Pulte, Lehrerpulte.

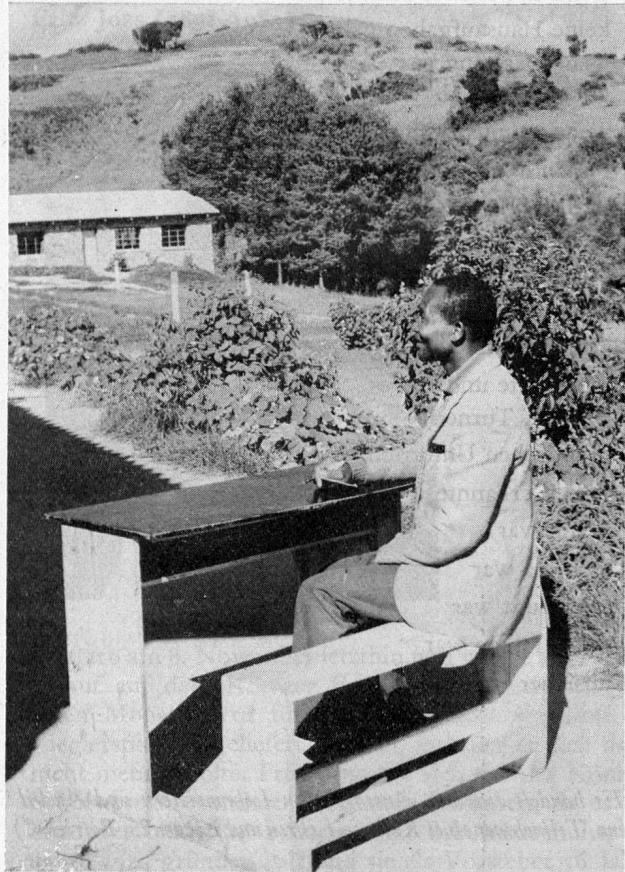
Nach der Kostenberechnung des Oberlehrers benötigt die Schule

100 3-Seaters with shelf	
12 10-Seaters	
24 Benches	
24 Stools	
13 Teachers' desks, das heisst total	Fr. 20000.—

Wir schickten anfangs November 13000 Franken. Das war alles, was wir auf Sparheft und Postcheckkonto vorfanden. **Es fehlen also noch 7000 Franken. Lehrerschaft und Schüler in den Sektionen des BLV sind aufgerufen, den Fehlbetrag möglichst bald aufzubringen. Wie wäre es wieder einmal mit einer persönlichen Spende der Kolleginnen und Kollegen?**

Als Anreiz für eine Klassensammlung: Für 110 Franken kann man ein Dreisitzerpult, für 50 Franken eine Bank kaufen!

Ueli Lütli, 3506 Grossböchstetten



Oberlehrer Chifamba sitzt auf einem stabilen Pult aus einheimischem Holz. Andere Modelle aus Billigstahl haben sich andernorts nicht bewährt. Im Hintergrund der Schulhof mit Turn- und Spielplatz, ein Schulzimmer und die ganz jährlich herrlich grüne Tropenlandschaft von Nyafaru im Bergland auf 2000 Meter.

Inhalt – Sommaire

Bitte beachten Sie	329
Nyafaru-Schulhilfe BLV	329
Stärken und Schwächen	330
Das schwer beladene Reformfuder	330
Zum Gedenken – Fritz Joss (1892–1983)	331
Madame de Staëls Verbannung	332
Macht hoch die Tür	332
Schulreformerische Modeströmungen?	332
In eigener Sache	344
SEJB. Echos du Comité central	333
La CDIP à Berne	334
Congrès de la SPR	336
Révision globale de la législation bernoise en matière scolaire	337
Cours de ski alpin	338
Nous attendons votre attention... ..	338
Dates de parution de l'«Ecole bernoise» en 1984 ...	344
Mitteilungen des Sekretariates	338
Communications du Secrétariat	338

Stärken und Schwächen

Ein Lehrerspiegel (Schluss)

Ich hatte gerne, wenn der Lehrer . . .

- Prüfungen vorzeitig *ansagte*
- Gerechtigkeit übte
- nach einer guten Arbeit ein Lob aussprach
- wenn der Lehrer auch jätete
- keine Hausaufgaben gab, weniger streng war, gute Noten gab
- wenn er musizierte
- Ferien hatte, normal war, nicht (zurück-)schlug
- über das Wetter erzählte
- Turnen erteilte
- tolerant war
- motivierte und demonstrierte (Physik, Turnen)
- praktischen Unterricht erteilte
- Arbeit erkannte
- krank war
- nicht da war
- überzeugt war
- guter Laune war
- unsicher war

(Es handelt sich um Aussagen von Lehrmeistern und Ausbildern, Teilnehmer eines Kurses «Lehren und Lernen im Betrieb».)

Was meinen Sie dazu ?

Unter diesem Titel erscheinen in zwangloser Folge Beiträge, welche sich kritisch mit einem Schulproblem, Berufsfragen oder einer Randerscheinung auseinandersetzen.

Im Interesse einer aktiven und kritischen Lehrerschaft sind Sie, liebe Leserin und lieber Leser, zu einer kurzen Stellungnahme aufgerufen.

Ich freue mich auf ein vielstimmiges Echo aus dem ganzen Kanton!

Christian Jaberg

Das schwer beladene Reformfuder

BLV Sektion Seftigen

Sektionsversammlung vom 11. November 1983 in der Aula Wattenwil

Nach einer *Orientierung* über neue Verordnungen durch Schulinspektor René Zwicky wurden *die statutarischen Geschäfte* abgewickelt, so die Wahl von Margrit Hausse-

Ich hasste, wenn der Lehrer . . .

- Überlegenheit zeigte
- ein Ausländerhasser war
- keinen Aufbau im Stoff hatte und nicht vorwärts machte
- ein Schläger war
- Material im Schulzimmer herumwarf
- etwas langweilig erklärte
- eine Illustrierte las, während wir arbeiteten
- lautstark wurde
- eilte, blossstellte
- Prüfungen kurzfristig ansetzte
- stundenweise 1-Weg-Kommunikation führte!
- Ohrfeigen, Kopfnüsse austeilte
- Aufsätze schreiben oder nachsitzen liess
- blossstellte, demütigte, an mir seine Macht demonstrierte
- Schläge gab
- wenn er schrie
- mich beim Faulenzen erwischte
- zuviel erzählte
- Zeitdruck ausübte
- Unterschriften verlangte
- bei Fragestellungen *zuerst* den Schüler namentlich aufgerufen hat

Hoffentlich sind diese Schülererinnerungen Anlass zum Gespräch mit Kollegen, Schülern oder Eltern!

Siehe auch BSB Nr. 24

Christian Jaberg

ner, Kehrsatz, in den Vorstand, anstelle der bisherigen Sekretärin Katrin Wenger-Toggweiler, Burgwil. Mangels Nachfolger mussten zwei Vakanzen auf die Hauptversammlung im Mai vertagt werden; jene für das langjährige Vorstandsmitglied Christian Dähler, Hinterfultigen, und für den Ersatzdelegierten Andreas Burger, Kehrsatz.

Zwei Flötenstücke, von Primarschülerinnen aus der Klasse Ernst Müller vorgetragen, liessen die *Ebrungen* einer Kollegin und dreier Kollegen für fünfundzwanzigjährigen Schuldienst recht feierlich werden. Kurze Rückblicke, besinnliche Worte und prächtige Chrysanthemen galten also: Dora Haueter, Mühlethurnen; Hans Niederhauser, Wattenwil; Charles Schnegg, Kirchenthurnen, und Walter Fuchs, Belp.

Nach der Protokollverlesung über die Bezirksversammlung der Bernischen Lehrerversicherungskasse orientierte uns Dora Bühlmann betreffend *das neue Unfallversicherungsgesetz*.

Das Vorhaben, anlässlich einer Versammlung im nächsten Schuljahr der Landestopographie in Wabern einen Besuch abzustatten, wurde konsultativ sehr begrüsst, umsomehr als Besichtigungen in diesem Bundesamt nur ab Vereinsstufe möglich sind.

Ein zweiter Teil, in Form eines Referates von Dr. phil. Rolf Deppeler über die Bildungsreform, wurde eingeleitet mit den präsidialen Worten: «Das schwer beladene Reform-Fuder darf keine Kinder und Eltern überfahren, nicht eine Schulstufe oder Lehrerkategorie unter sich begraben! Das Fuhrwerk soll niemals von einem nur politisch orientierten Fuhrmann allein geleitet werden dürfen...!»

Nun stellte sich Herr Deppeler den sechzig Zuhörern vor und erläuterte seinen schulpolitischen Werdegang: Vater dreier Söhne, ein Dutzend Jahre in der Sekundarschulkommission Zollikofen – zwei Jahre ordentliches Mitglied, zehn Jahre deren Präsident – von 1970 bis 1974 im bernischen Grossen Rat, wo er am 6. November 1972 seine erheblich erklärte Motion zur Bildungsreform einbrachte. Letztere also stark befürwortend, wurde sein politischer Vorstoss zum Ausgangspunkt für die Einleitung einer Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung (GBG).

Die «Grundlagenforschung» dazu wurde in Gang gebracht; sie ist bekanntlich in den sogenannten «Blaubüchern» dokumentiert. Die Projektleitung und Koordination lag in den Händen von Herrn Max Keller, des ersten Direktionssekretärs der Erziehungsdirektion. Die gründliche Erarbeitung der höchst komplexen Materie, sowie den umfassenden Inhalt anerkennend, kam der Referent auf heikle strukturelle Probleme zu sprechen (Modell 5/4 oder 6/3? Prüfung ersetzen durch ein wissenschaftlich erhärtetes Empfehlungssystem, wobei die Beurteilung nur durch die untere «abgebende» Schulstufe geschieht – analog gymnasialer Maturität / Hochschule, beziehungsweise Universität? Vermehrte «Durchlässigkeit» [Niveauebenen] dank konsequenterer horizontaler Gliederungen? Ausbildung der Oberstufenlehrer gleichwertig, Besoldung entsprechend usw.).

Die integrale Lehrerausbildung, also den seminaristischen Weg zur Führung aller Stufen der Primarschule in Frage stellend, der Mehrklassen- und Gesamtschule (1. bis 9. Schuljahr!) ein wenig den Schimmer einer historischen Reminiszenz verleihend, brachte Herr Deppeler begrifflicherweise einzelne Mehrklassen-Landlehrer («in Harnisch»). Etwas beruhigend hat der Referent zugestanden, man könnte sehr wohl verschiedene, den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Schulgliederungen belassen, ohne indessen andernorts – zum Beispiel in Agglomerationen – wirkliche Neuerungen zu vernachlässigen.

Auf Fragen hinsichtlich des gemeinsamen Schulbesuches von Kindern verschiedener Altersstufen (vertikale Alters-einteilung im Gegensatz zum «Jahrgängerverein») als einzigartige Einübungsmöglichkeit für das spätere gesellschaftliche Zusammenleben, wollte oder vermochte Herr Deppeler keine befriedigende Antwort zu geben.

Angesprochen auf die leitende Bildungsidee nach «Blaubuch», eben den Menschen handlungsfähig werden zu lassen, verteidigte und befürwortete der Vortragende diese, obschon sie aus der mittlerweile viel kleiner gewordenen Gesprächsrunde als gar dürftig qualifiziert worden war. – Wenn ein philosophierender Professor den Bildungsbegriff halt so statuiert... (Prof. Huber, Zürich).

Mit der Meinungsäusserung, einer sinnvollen Handlungsfähigkeit und -weise müsste unbedingt eine vertiefte Erlebnisfähigkeit vorausgehen, wurde im recht kühlen Singsaal die teilweise hitzige Diskussion geschlossen.

Das Problem-Unbehagen war den zuletzt Heimkehrenden in den Gesichtern zu lesen; möge sich dieses durch gefreute Schularbeit bald in weniger bedrückendes Problembewusstsein verwandelt haben.

Walter Fuchs, 3123 Belp

Zum Gedenken

Fritz Joss (1892–1983)



Er starb am 8. November letztthin und wurde am Freitag darauf auf dem Könizer Friedhof beigesetzt. Er war einen Monat zuvor für eine Hüftgelenkoperation ins Zieglerspital eingeliefert worden, von der er sich dann nicht mehr erholte. Fritz Joss hat sich um das Könizer Schulwesen besondere Verdienste erworben, da er die erste der bald fünf existierenden Sekundarschulen im Jahre 1924 gründen half und sie als Vorsteher 36 Jahre lang mit Erfolg leitete.

Einige Daten aus seinem Leben: Geboren 1892 in Wittenbach bei Lauperswil, Primarschule Lauperswil, Sekundarschule Zollbrück. 1908–1912 Seminar Muristalden, 1912–1915 Primarlehrer in Worb, 1915–1917 Lehramtsschule, 1917–1918 Stellvertreter an der Sekundarschule Langnau, 1918–1924 Sekundarlehrer in Huttwil, 1924–1960 Lehrer und Vorsteher an der Sekundarschule Köniz.

Er verstand es, im Verein mit einem Team ausgeprägter Lehrerpersönlichkeiten der jungen Schule rasch einen guten Namen zu verschaffen. Und er verstand es, ihr Ruf und Achtung bei der Könizer Bevölkerung, den weiterführenden Schulen und in der Berufswelt zu erhalten, so lange er ihr vorstand.

Er war beharrlich, ausgeglichen, stand der Schule ausschliesslich zur Verfügung. Er besass Eigeninitiative zur Weiterbildung (Kurse in Jena, Paris, Neuenburg, Rom, Florenz) und war um neue Wege bemüht. Er hatte Format, sein Leben und Schulehalten Linie. Man war im Bild über ihn. Einigen wird er als zu konservativ erschienen sein, aber niemand hätte ihm je vorgeworfen, er verunsichere.

Fritz Joss war zutiefst gläubig. Rückblickend sagt er in einer letzten autobiographischen Notiz, er gedenke jetzt der Menschen denen er besondern Dank schulde. An

erster Stelle nennt er seine Mutter, die fromme, dann alle die Lieben in der Familie, vornehmlich seine Frau, die ihn ein langes Leben lang umsorgte. Und danken möchte er, so der letzte Satz, für Gottes gnädige Führung durch sein ganzes Leben.

Moritz Hämmerli, 3098 Köniz

Madame de Staëls Verbannung

Pensionierte Lehrkräfte der Region Thun besuchten das Schloss Coppet

Oberhalb des kleinen, im 13. Jahrhundert gegründeten Städtchens Coppet steht das gleichnamige Schloss, das hauptsächlich seiner ehemaligen Bewohner und seines Innern wegen sehr sehenswert ist.

Die Vereinigung der pensionierten Lehrkräfte der Region Thun fuhr am 20. Oktober über Riggisberg-Schwarzenburg-Freiburg-Payerne nach Estavayer, wo ein kurzer Halt Gelegenheit bot, einen Blick auf das alte Städtchen zu werfen. Über Yverdon-Orbe ging's nach Gland. Hier wurde im «Salle de l'Union» ein gutes, reichliches Mittagessen serviert.

Während der Fahrt erzählte Frl. Martha Lüthi in äusserst anschaulicher Weise über das Schloss Coppet und seine Bewohner, hauptsächlich den zeitweiligen Finanzminister des französischen Königs Ludwig XVI., Jacques Necker, und dessen Tochter Germaine, über Madame de Staël, die als Schriftstellerin einen bedeutenden Einfluss auf die französische Romantik ausübte. Sie lenkte die Aufmerksamkeit ihrer Zeitgenossen auch auf die deutsche Literatur («De l'Allemagne»). Von Napoleon I. wurde sie ihrer freiheitlichen Ansichten wegen verbannt. Darum lebte sie in Coppet, in einem geistreichen Kreis, von dem gesagt wurde, dass «in Coppet an einem Tag mehr Geist verspritzt wurde als in der übrigen Welt in einem Jahr».

Über Nyon wurde das Schloss um 15 Uhr erreicht. Die interessante Führung liess das einstige Leben und die damit verbundenen Personen aufleuchten. Ein Blick über Park und Genfersee ist besonders in der Herbstzeit sehr schön.

Nach der Schlossbesichtigung und einem kurzen Besuch im Park führte der Car die 46 Reiseteilnehmer wieder nach Thun.

Erich Tschabold, 3600 Thun

Macht hoch die Tür...

Adventsfeier der Vereinigung pensionierter Lehrer und Lehrerinnen der Region Thun vom 7. Dezember 1983

Eine besonders gediegene und erbauende Adventsfeier konnten ungefähr 100 Angehörige der Vereinigung pensionierter Lehrkräfte der Region Thun am 7. Dezember in der Johanniskirche Thun-Dürrenast erleben.

Die Feier wurde durch das gemeinsam gesungene Lied «Macht hoch die Tür, das Tor macht weit» eingeleitet. Frau Hildegard Balmer-Streun sang die Sopran-Arie aus der c-Moll Messe von W. A. Mozart «Et incarnatus est»

mit ihrer wohlklingenden, hellen Stimme ergreifend schön, und Rudolf Baumann, Bariton, trug aus den Weihnachts-Liedern von Peter Cornelius op. 8 «Simeon» mit seinem warmen Stimmklang sehr mitfühlend vor. Pfarrer Hans Rudolf Wenger bezog seine Adventsbetrachtung ebenfalls auf die Geschichte von Simeon, dessen Hoffnung auf Erlösung dadurch erfüllt wurde, dass er das Jesuskind auf die Arme nehmen konnte. In sehr ansprechender und klarer Weise wusste der Betrachtende Gedanken und Fragen, welche vor allem auch ältere Leute beschäftigen, mit dieser Geschichte aus Lukas 2 zu verbinden und so zu einer frohen und hoffnungsvollen Adventsstimmung beizutragen.

Das «Benedictus», Duo für Sopran und Bariton aus dem Weihnachtsoratorium von C. Saint-Saëns, durch die gleichen Solisten sehr schön gesungen, rundete das Gebotene ab und leitete zum als Schlusslied gesungenen Choral «Nun danket alle Gott» über. Alle Gesänge wurden durch die wohlgestaltete Klavierbegleitung von Gisela Ritz wirksam unterstützt.

Der Feierstunde schloss sich ein gemeinsames Zvierli an. Allen, die zum guten Gelingen der gehaltvollen Feier beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen.

Erich Tschabold, 3600 Thun

Schulreformerische Modeströmungen?

«Warum eigentlich plötzlich noch Leitideen, nachdem ich während den letzten fünf Jahren kaum einmal den Lehrplan hervorgehoben habe?» («Gibt es eigentlich in unserem Kanton zur Zeit einen gültigen Lehrplan?»). «Leitideen? Ein Steckenpferd der Erziehungswissenschaftler? Eine Alibiübung der Lehrplan-Macher!»

Trotz dieser Skepsis, die nicht nur in Lehrerkreisen sondern auch bei Schulinspektoren, in der Schulverwaltung und in der Öffentlichkeit gelegentlich zum Ausdruck kommt, hat man sich in jüngster Zeit in mehr als der Hälfte aller Schweizer Kantone mit Leitideen auseinandergesetzt. Eine schulreformerische Modeströmung, die von selbst wieder verschwinden wird? Ob die unter dem Begriff Leitideen formulierten Zielvorstellungen zum Instrument für eine gezielte Schulentwicklung werden und dazu beitragen, dass der Prozess der Übersetzung von Erziehungszielen im Unterricht transparenter wird, hängt in entscheidendem Masse vom einzelnen Lehrer ab.

Der SIPRI-Ergebnisbericht «Leitideen für die Primarschule»¹ greift diese Thematik auf und liefert eine Reihe von grundsätzlichen Überlegungen zur Bedeutung von Leitideen. Der Hauptteil der Publikation ist der Beschreibung der Leitideen-Projekte in den verschiedenen Kantonen und Regionen gewidmet und enthält die Leitideentexte jeweils im Wortlaut.

Mit bemerkenswerter Offenheit hat Rudolf Künzli versucht, die vorliegenden Leitideen einem Vergleich zu unterziehen. In zusammenfassenden Auszügen wird diese interessante Arbeit vorgestellt (*SIPRI-Werkstattbericht 4*).

Die Wirkung von Leitideen auf die Arbeit von Lehrplan-Kommissionen wird am Beispiel der Lehrplan-revision im Kanton Bern sehr sorgfältig aufgezeigt.

Im Anhang wird die von der Schweizerischen Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen in Genf² zusammengestellte «Übersicht über die Bildungsziele der Volksschule in den Zweckparagrafen der kantonalen Schulgesetze und -ordnungen» publiziert: eine Text-

sammlung, ohne die man nur schwerlich den Zugang zu unsern 26 kantonalen Bildungssystemen finden kann.

¹ «Leitideen für die Primarschule», SIPRI-Ergebnisbericht; Informationsbulletin Nr. 38 der EDK, Juni 1983, Genf, S. 154 (zu beziehen beim Sekretariat der EDK, Sulgeneckstrasse 70, 3005 Bern, Telefon 031 46 83 13).

² Neue Adresse: Sulgeneckstrasse 70, 3005 Bern.

Projektleitung SIPRI/AO

L'Ecole bernoise

SEJB

Echos du Comité central

Au début du mois de novembre, le Comité central de la SEJB se réunissait sous la présidence de Judith Schenk. Il avait à

- préparer l'Assemblée des délégués de la SEJB du 15 novembre 1983;
- prendre connaissance de diverses communications;
- se prononcer sur la réduction volontaire du nombre d'heures obligatoires d'enseignement;
- prendre connaissance du rapport de la commission «Réélections»;
- prendre connaissance des travaux de SIPRI 3;
- se prononcer sur l'organisation du «stage linguistique» dans le Jura bernois pour de jeunes collègues alémaniques au chômage.

*

Assemblée des délégués de la SEJB

Le Comité central de la SEJB passe en revue les différents points de l'ordre du jour de l'AD SEJB du 15 novembre 1983. Il approuve le compte rendu de l'AD du 26 mai 1983 tel qu'il a paru dans les journaux corporatifs et le recommande à l'approbation des délégués. Il approuve les différents points de son rapport par l'année 1982/83 et prend connaissance du rapport de la Commission pédagogique. Il élabore ensuite le programme d'activité pour l'année 1983/84. (Ces différents points seront présentés de manière plus détaillée dans le compte rendu de l'Assemblée des délégués.)

Communications

Le CC prend connaissance de diverses communications de la présidente et du secrétaire:

Conseil de direction de l'IRD. La Société des maîtres aux écoles moyennes (SBMEM) propose de nommer Yves Monnin en remplacement d'Hubert Boillat, démissionnaire, au Conseil de direction de l'IRD. Le CC SEJB se rallie à cette proposition qui sera transmise aux instances concernées.

ACM. Le CC SEJB prend acte de la nomination de M^{me} Ginette Sauvain-Quain par la DIP comme représentante du canton de Berne dans le Comité de rédaction romand chargé de réaliser une adaptation des moyens d'enseignement d'«Activités créatrices sur textiles» pour les degrés 3 à 6.

Réduction volontaire du nombre d'heures obligatoires d'enseignement

Le corps enseignant de l'Ecole secondaire de Moutier avait demandé à la SEJB d'intervenir pour qu'il soit possible aux enseignants d'obtenir, avec l'accord de la commission scolaire, une réduction de l'horaire d'enseignement assortie d'une réduction correspondante du traitement. Comme ce problème concerne les enseignants de l'ensemble du canton, la requête a été transmise à la SEB qui a organisé une large consultation avant de prendre position.

Plusieurs sections, organisations de degrés et écoles ont fait part de leur point de vue à la SEJB qui doit constater que les avis sont fort divergents. Nous nous permettons de donner brièvement les arguments des partisans et des adversaires de la proposition:

Pour

- Meilleur équilibre personnel pour les enseignants qui auraient pu réduire leur horaire de quelques heures.
- Effets d'une usure due à l'âge amoindris.
- Recyclage et perfectionnement plus faciles à organiser.
- Répartition des branches meilleure et plus aisée.
- Création de nouveaux emplois.

Contre

- La procédure actuelle permet déjà la réduction, risque d'inégalités de traitement si la compétence est laissée aux commissions scolaires.
- Problèmes en relation avec la Caisse de retraite.
- Les activités annexes des enseignants pourraient devenir pour eux plus importantes que l'école.
- Les postes créés présenteraient peu d'attraits pédagogiques.
- Risques de pressions de certains milieux en vue de réduire de manière générale les horaires et surtout les salaires des enseignants.

Malgré l'aspect séduisant de la proposition de l'Ecole secondaire de Moutier, la SEJB estime qu'il y a lieu de se montrer très prudent. Elle demande à la SEB d'examiner avec attention les conséquences qu'une éventuelle modification de la procédure

pourraient avoir pour les enseignants. La SEJB se refuse de souscrire à des démarches qui entraîneraient une dégradation du statut de l'enseignant ou des inégalités entre les différentes catégories d'enseignants.

Rapport de la commission «Réélections»

A la suite des réélections de 1980, la SEJB a mis sur pied une commission chargée d'étudier les différents problèmes en relation avec la réélection des enseignants, au vu des expériences de 1980. Elle devait également établir un catalogue de mesures et de propositions visant à améliorer la situation. La commission s'est réunie une vingtaine de fois et a examiné en détail les différents cas. Elle a ensuite élaboré un rapport qui est présenté et commenté par MM. Borruat et Eschmann, membres de la commission.

Le CC de la SEJB prend acte de ce rapport et décide de procéder comme suit pour la suite du travail:

- Les différentes propositions élaborées par la commission «Réélections» seront étudiées soigneusement.
- Le CC SEJB les discutera et les comparera avec celles qu'il avait adressées à la SEB en septembre 1980 (il semble que les propositions se recouvrent sur bien des points).
- Le CC SEJB se réunira ensuite avec la commission «Réélections» et discutera avec lui des démarches à entreprendre éventuellement auprès de la SEB et de la DIP.
- Le CC SEJB présentera ensuite un rapport à l'Assemblée des délégués de la SEJB.

Le Comité central de la SEJB remercie d'ores et déjà la commission «Réélections» de l'important travail accompli jusqu'à présent. Il compte sur la collaboration active des membres de la commission en vue des décisions qu'il sera amené à prendre et des démarches qui seront entreprises pour les réélections de 1986.

SIPRI 3

La Direction de l'instruction publique a nommé un groupe de travail de cinq personnes dans le cadre des travaux de SIPRI 3 «Coopération entre le jardin d'enfants et l'école». Il est formé de M^{mes} Michèle Perrenoud, présidente de l'Association des jardinières d'enfants, de Bienne, et Jacqueline Henggi, jardinière d'enfants, de Moutier, ainsi que de MM. Otto Baertschi, collaborateur de l'ORP, Tramelan, Alexandre Vuilleumier, président de la Commission pédagogique de la SEJB, Tramelan, Yves Monnin, secrétaire SEJB, Berne.

Le groupe de travail est chargé

- d'élaborer un questionnaire précisant le rapport entre jardin d'enfants et école primaire;
- de l'expérimenter;
- de le généraliser en l'adressant à toutes les jardinières d'enfants et à toutes les maîtresses de première année d'école nommées;
- d'analyser les résultats et de les mettre à disposition de la DIP et de la Commission pédagogique de la SEJB.

Le groupe de travail a déjà tenu plusieurs séances et les questionnaires devraient être envoyés aux enseignants dans le courant de l'hiver 1984.

«Stage linguistique»

Le CC SEJB donne son feu vert à l'organisation d'un «stage linguistique» dans le Jura bernois pour de jeunes collègues alémaniques au chômage, comme il le fit ces dernières années. Le stage sera également ouvert aux jeunes maîtres secondaires de formation littéraire.

Le CC SEJB prend acte avec satisfaction que Jacques Paroz collaborera, comme par le passé, à l'organisation du stage et le remercie de son dévouement. Les collègues concernés recevront des informations plus précises au début de 1984.

Yves Monnin

La CDIP à Berne

A fin octobre, la Conférence des directeurs de l'Instruction publique (CDIP) inaugurerait à Berne le nouveau siège de son Secrétariat qui a quitté Genève pour s'installer dans les locaux spacieux et fonctionnels mis à sa disposition par la DIP du canton de Berne à la Sulgen-eckstrasse.

On se souvient de la polémique que la décision de ce déménagement avait provoquée il y a quelques années. Depuis une vingtaine d'années, la CDIP était logée à Genève, au Palais Wilson. Le Secrétariat est chargé, entre autres, d'animer de nombreuses commissions fédérales en relation avec l'éducation. Elles se réunissent généralement en des lieux mieux centrés que Genève. Il arrivait fréquemment que la moitié des employés du Secrétariat, voire davantage, se retrouvaient à Berne pour diverses séances.

Il s'agissait, comme l'a affirmé à un journaliste le secrétaire général de la CDIP, M. Eugen Egger, de trouver une formule plus rationnelle et moins onéreuse. C'est donc assez logiquement que le choix des directeurs de l'Instruction publique s'est porté sur Berne. Comme l'a bien relevé M. Henri-Louis Favre, en plus de sa situation centrale, Berne est un pont entre les cultures romande et alémanique.

Examinons maintenant ce qu'est la CDIP et ce que sont ses activités.

Dans un pays comme le nôtre, il serait impensable que chaque Etat (chaque canton) vive en vase clos et conduise sa politique sans se préoccuper de ce qui se passe ailleurs. Ce serait la gabegie. C'est la raison pour laquelle les responsables des divers départements cantonaux se retrouvent régulièrement pour examiner ensemble les problèmes qui se posent et pour essayer de dégager des solutions qui ne soient pas diamétralement opposées. C'est ce que fait également la CDIP qui recherche une certaine harmonisation sur le plan scolaire.

*

La CDIP a été fondée en 1898. C'était l'époque où la discussion d'une loi fédérale sur le subventionnement de l'école primaire suscitait de vives réactions et où les cantons appréhendaient une influence trop importante de la Confédération dans le domaine de l'éducation. C'est

à Zurich qu'est née l'idée de réunir les chefs des départements de l'Instruction publique en une conférence. Les premiers statuts du 27 juillet 1898 stipulent:

Les chefs des départements se réunissent au moins une fois par année afin de traiter les problèmes communs touchant l'école et l'éducation des jeunes ainsi que dans l'intérêt d'un contact mutuel.

Les objectifs de la Conférence étaient donc: collaboration entre les cantons, information mutuelle et documentation commune; les thèmes prioritaires, à l'époque, étaient: santé et école, constructions scolaires, matériels didactiques.

Par la suite, la CDIP s'est employée à éditer certains manuels (Atlas scolaire suisse) et certains ouvrages de statistique scolaire. Elle s'est en outre occupée, jusque dans les années soixante, de sujets variés, tels que: l'armée et l'école; éducation physique; écriture normalisée; instruction civique; ordonnance sur la reconnaissance des certificats de maturité; le film à l'école; politique des bourses d'études.

Les années de crise et de guerre ont causé une certaine stagnation dans la collaboration. On peut même affirmer que le développement des systèmes scolaires cantonaux a en quelque sorte favorisé la disparité plutôt que la planification de l'éducation au niveau suisse.

Un renouveau

Les années soixante ont amené un tournant décisif. On parlait beaucoup, à l'époque, de «réserves de talents», de démocratisation des études... L'expansion économique entraînait une intense migration interne ainsi que l'arrivée en masse de travailleurs étrangers. On commençait, en même temps, à mettre en question les particularités des systèmes scolaires cantonaux et les objectifs de l'école traditionnelle. La Confédération s'engageait davantage dans des secteurs touchant l'éducation: Conseil suisse de la science, loi fédérale sur les bourses d'études, aide aux universités. On demandait d'une manière de plus en plus pressante la coordination et la coopération. La CDIP se devait de réagir.

En 1968, elle se donnait de nouveaux statuts et, en 1970, elle votait à l'unanimité le «Concordat sur la coordination scolaire».

L'harmonisation

Cet accord, auquel ont adhéré à ce jour vingt-deux cantons, stipule notamment:

Les cantons concordataires créent une institution intercantonale de droit public aux fins de développer l'école et d'harmoniser leurs législations cantonales respectives.

Les cantons décident de coordonner leurs législations scolaires de la manière suivante:

- *L'âge d'entrée à l'école obligatoire est fixé à six ans révolus.*
- *La durée de la scolarité obligatoire est d'au moins neuf ans, pour filles et garçons.*
- *La durée normale de la scolarité, depuis l'entrée à l'école obligatoire jusqu'à l'examen de la maturité, est de douze ans au moins et de treize ans au plus.*
- *L'année scolaire commence dans tous les cantons à une date comprise entre la mi-août et la mi-octobre.*

Il faut reconnaître que la plupart de ces décisions sont actuellement réalisées: la durée de la scolarité sera bientôt la même dans tous les cantons suisses, de même que la durée de la scolarité jusqu'à l'obtention de la maturité. Nous le savons, il n'a jusqu'à présent pas été possible d'unifier le début de l'année scolaire. Faudra-t-il, maintenant, que la Confédération s'en mêle? C'est probable, puisque le peuple suisse sera prochainement appelé à se prononcer sur ce problème.

La collaboration

Les cantons concordataires ont élaboré des recommandations à l'intention de l'ensemble des cantons, notamment dans les domaines suivants:

- plans d'études cadres;
- matériel d'enseignement commun;
- libre passage entre écoles équivalentes;
- passage au cycle secondaire;
- reconnaissance sur le plan intercantonal des certificats de fin d'études et des diplômes obtenus par des formations équivalentes;
- désignation uniforme des mêmes degrés scolaires et types d'écoles;
- formation équivalente des enseignants.

Notons encore que les cantons coopèrent entre eux en matière de planification de l'éducation, de recherche pédagogique et de statistique scolaire.

Il est évident que les réformes actuellement en cours dans de nombreux cantons, dans le canton de Berne notamment, tiennent compte de ces recommandations et que peu à peu on arrivera à une meilleure coopération et à une certaine harmonisation pour l'ensemble de la Confédération. Pour y parvenir, il faudra encore beaucoup de patience et de bonne volonté.

Aucun pouvoir législatif

La CDIP n'ayant aucun pouvoir législatif, la mise en place de nombreuses commissions est inévitable. La Conférence est contrainte de chercher le «consensus» dans tous ses projets, mais doit se limiter à formuler des recommandations dont l'application relève de la compétence de chaque canton. Ceci ne va pas sans soulever des difficultés, qui sont aujourd'hui d'autant plus sérieuses que la récession économique dresse d'inquiétants barrages financiers et qu'il n'est plus question d'«euphorie» dans le domaine de l'éducation.

L'avenir

La CDIP vient de formuler des recommandations concernant la scolarisation des enfants étrangers et des principes visant l'égalité des chances pour filles et garçons. Tous les cantons ont ratifié l'accord intercantonal sur le financement des hautes écoles. En collaboration avec les recteurs des universités, elle a défini les conditions d'admission de maîtres primaires aux universités. Actuellement, un vaste projet de recherche sur la situation de l'école primaire (SIPRI) est en cours. De nombreux enseignants de toute la Suisse y collaborent, apportant ainsi leur contribution à une revalorisation et une amélioration de l'école primaire.

La nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons octroiera de nouvelles tâches et de nouvelles charges à ces derniers – et par conséquent à la CDIP. Afin de pouvoir les assumer, elle aura besoin:

- d'une volonté politique ferme de tous les participants de collaborer et d'appliquer les recommandations adoptées;
- d'un équipement qui lui permette d'agir efficacement;
- d'infiniment de patience et d'une grande disponibilité, ainsi que d'une tolérance mutuelle en vue d'éventuels compromis qui répondent aux exigences nouvelles - dues à la révolution technologique - de l'éducation.

*

Comme on peut le constater, la CDIP est devenu un instrument indispensable à l'éducation dans notre pays. La réorganisation du Secrétariat devrait lui assurer une plus grande efficacité pour le bien de l'école et l'avenir de nos enfants.

Yves Monnin

Congrès de la SPR

Pour une école de la réussite

Plus de mille enseignants de Suisse romande ont participé au Congrès quadriennal de la Société pédagogique romande les 18/19 novembre 1983 à Sion. Si les Valaisans y étaient particulièrement nombreux (plusieurs centaines), il faut bien reconnaître que les collègues du Jura bernois et de Bienne brillèrent plutôt par leur absence, puisqu'ils n'étaient guère plus de vingt à s'être déplacés en terre valaisanne.

C'est bien dommage, car les absents ont été privés de cet accueil chaleureux des Valaisans et ont manqué cette occasion unique de contact avec les autres enseignants de Suisse romande. Ce qui nous paraît encore plus regrettable, c'est le fait que les absents laissent les autres décider à leur place. Même si l'importance des prises de position n'est pas évidente de prime abord, elles exercent une influence certaine sur l'évolution de l'école en Suisse romande. Lorsque les décisions ont été prises et qu'il s'agit de les appliquer, il est alors trop tard de dire «Si on avait su!».

Souhaitons toutefois que nos collègues soient nombreux à prendre connaissance des résolutions votées lors de l'Assemblée des délégués et lors du Congrès. C'est la raison pour laquelle nous nous permettons de les publier assorties de quelques commentaires.

*

Des résolutions

Lors des assemblées des délégués ou lors du Congrès quadriennal, la SPR prend position, par des résolutions, sur les problèmes de politique scolaire ou syndicale.

On peut préciser que la SPR n'a aucun pouvoir politique et aucun pouvoir de décision. En matière scolaire, les autorités et le peuple des différents cantons sont souverains. En présentant des résolutions, la SPR entend toutefois faire connaître publiquement l'opinion de la majorité des enseignants de Suisse romande. Même si les autorités cantonales n'entrent pas immédiatement dans les vues des enseignants, elles ne peuvent les ignorer totalement. Les idées cheminent gentiment et exercent une influence certaine sur l'évolution constante de l'école. C'est dans le sens d'une contribution constructive à la politique de l'éducation qu'il faut, à notre avis, considérer ces résolutions, plutôt que dans le sens de revendications impératives et de mises en garde aux autorités cantonales.

Vers des temps difficiles

Le chômage frappe actuellement les enseignants de tous les cantons romands - sauf Genève qui a introduit le

numerus clausus lors de l'admission à la formation - et la situation risque de se dégrader encore ces prochaines années.

Dans le canton de Berne, nous avons plus de 400 enseignants au chômage (surtout dans la partie alémanique) et ce nombre pourrait bien passer à 600 en 1984. La situation de l'emploi est préoccupante pour les enseignants et, lors de l'Assemblée des délégués, une résolution demandant aux autorités de se pencher sans tarder sur ce problème douloureux a été votée:

① L'Assemblée des délégués de la SPR, réunie à Sion le 18 novembre 1983, se déclare pleinement consciente des difficultés économiques qui frappent directement plusieurs catégories de travailleurs dans leur niveau de vie et leur emploi. Elle réaffirme sa solidarité envers les victimes du chômage.

② L'Assemblée des délégués de la SPR considère comme très préoccupantes les conséquences de cette situation économique sur les politiques d'éducation qui sont directement influencées par des réductions budgétaires. Ni la baisse du taux de natalité, ni les flux migratoires ne sauraient justifier de telles mesures.

③ Elle rappelle que l'investissement éducatif est l'un des moyens pour faire face à la crise économique et qu'il doit être considéré comme prioritaire pour l'avenir et le développement de la Suisse romande.

④ Elle demande que les budgets consacrés à l'éducation permettent d'améliorer les conditions de travail et de vie des élèves afin de favoriser

- une éducation plus individualisée;
- un développement global et équilibré de tous les enfants et adolescents, y compris de ceux qui présentent des handicaps et des difficultés d'apprentissage;
- une meilleure prise en charge des enfants issus des milieux socio-culturels défavorisés et des enfants d'immigrés.

⑤ L'Assemblée des délégués de la SPR dénonce:

- le chômage et la précarité de l'emploi qui frappent toujours plus d'enseignants romands, jeunes et femmes en premier lieu;
- les nominations provisoires et les élections dont le caractère arbitraire est porteur d'une insécurité incompatible avec la fonction d'enseignant.

⑥ L'Assemblée des délégués de la SPR revendique:

- la garantie de l'emploi pour l'ensemble des maîtres;
- l'amélioration des possibilités d'emplois par
 - la diminution des effectifs par classe;
 - le travail en équipes pédagogiques;
 - la création de poste de maîtres complémentaires, ou d'appui;
 - la création de postes pour assurer le remplacement des maîtres en congé ou en stage de formation continue;
 - le développement de modalités plus souples concernant le travail à temps partiel et l'octroi de congés;
 - une flexibilité suffisante dans le choix du départ à la retraite.

L'Assemblée des délégués de la SPR rappelle l'importance déterminante pour l'éducation des enfants de la qualité des institutions scolaires et du corps enseignant qui en assure la bonne marche.

Le 35^e Congrès SPR

Comme les enseignants le savent certainement, la Société pédagogique romande se réunit tous les quatre ans pour discuter un thème important de la politique scolaire ou

syndicale. Auparavant, une commission spéciale est chargée d'étudier le thème retenu, d'élaborer un rapport et de faire des propositions à l'intention des organes directeurs de la SPR.

Le thème du Congrès 1983 s'intitulait *L'école obligatoire et la sélection scolaire*. Dans un rapport de quelque 200 pages que les enseignants ont reçu, la commission formée de représentants de chaque canton analyse la situation actuelle en Suisse romande et présente diverses propositions destinées à améliorer la situation. Même si l'école actuelle n'est, dans bien des domaines, pas si mauvaise que certains le prétendent, elle peut encore être améliorée. Comme notre société, elle évolue constamment. Elle doit en tout temps se remettre en question et revoir ses objectifs dans l'intérêt des enfants.

Une école de la réussite

Nombreux sont ceux qui estiment que l'école actuelle doit être changée. Pour beaucoup, elle est trop sélective et ne tient pas suffisamment compte des enfants qui, pour différentes raisons, y rencontrent des difficultés. Le problème de la sélection scolaire n'est pas nouveau. Récemment, nous avons dû, dans le canton de Berne, nous prononcer sur une initiative populaire intitulée «Réforme scolaire: encourager au lieu de sélectionner». Il est d'ailleurs examiné dans les travaux en cours en vue de la révision totale des lois bernoises sur la formation.

Il existe toutefois un danger qui ne doit, à notre avis, pas être minimisé: le risque de nivellement par le bas. Certains enseignants valaisans n'ont pas manqué de le relever lors du Congrès de Sion. Nous n'allons pas insister sur ce point.

Faisant suite aux propositions du rapport, les enseignants chargent la SPR de s'engager pour que l'école permette aux enfants de s'épanouir pleinement et de se sentir à l'aise dans la société d'aujourd'hui et dans celle de demain. C'est dans cet esprit qu'il faut, à notre avis, appréhender les divers points de la résolution du Congrès:

Sur la base du rapport intitulé «L'école obligatoire et la sélection scolaire», les participants au Congrès de la SPR, réunis à Sion le 19 novembre 1983, demandent à la SPR de tout mettre en œuvre pour atteindre les objectifs suivants afin de réaliser une école adaptée à l'enfant:

- ① Envisager la période scolaire comme une étape dans la perspective d'une véritable éducation permanente.
- ② Promouvoir une école de la réussite où l'on aide les enfants les moins avancés en renonçant à une attitude sélective qui transforme leurs difficultés en échecs.
- ③ Promouvoir toutes les mesures visant à lutter contre l'échec scolaire, entre autres et dans l'ordre des priorités suivantes:
 - La limitation du nombre d'élèves par classe ou l'augmentation de l'encadrement pédagogique (équipes d'enseignants, appui intégré).
 - Avant l'école même: la prévention par des mesures sociales. A l'école infantile: le dépistage précoce des difficultés susceptibles de compromettre un déroulement normal des étapes scolaires.
 - Les appuis.
- ④ Maintenir des classes hétérogènes le plus longtemps possible.
- ⑤ Mettre en place, à l'intention des enfants en difficulté, des mesures diversifiées de prévention, de maintien, de formation et de réintégration.
- ⑥ Instaurer dans l'école un climat de liberté, de coopération et de responsabilité.

⑦ Prévoir des mesures particulières concourant à l'intégration des enfants étrangers (immigrés, réfugiés) dans le respect de leur identité.

⑧ Abandonner le classement des élèves et les épreuves de passage et résoudre les problèmes de promotion en termes d'objectifs atteints ou non atteints, au rythme propre à chaque élève.

⑨ Mettre en place les mécanismes qui permettent une autoorientation: former les élèves à se situer, à développer progressivement leur autonomie, à s'évaluer, à faire leur propre diagnostic et à s'accepter.

⑩ Promouvoir, améliorer le dialogue avec les parents. Instaurer ou améliorer la concertation Ecole-Famille-Autorité-Monde du travail.

⑪ Poursuivre et améliorer la formation renouvelée et continue des enseignants afin que ceux-ci soient mieux préparés à l'enseignement différencié, au travail coopératif, à l'autoévaluation et à l'autoorientation.

Comme le montrent ces résolutions, les enseignants placent l'enfant et l'école au centre de leurs préoccupations. Pour mener à bien la maison qui leur est confiée, ils ont besoin de la compréhension et de la collaboration de tous. Il appartient aux autorités scolaires et politiques de mettre à disposition de l'école un cadre favorable adapté aux conditions de la vie actuelle et permettant un développement harmonieux de l'enfant. C'est dans cet esprit de respect, de compréhension et de tolérance que nous souhaitons les relations entre enseignants, autorités, parents et enfants.

Yves Monnin

Révision globale de la législation bernoise en matière scolaire

Dans un arrêté pris par le Grand Conseil lors de la session de mai 1980 concernant la révision de la législation bernoise en matière scolaire, le Conseil exécutif du canton de Berne s'est vu charger de soumettre au Parlement avant la fin de l'année 1983 les principes devant régir la révision globale de la législation scolaire pour lui permettre d'en débattre et de prendre les décisions nécessaires. Réuni récemment en séance extraordinaire, le Conseil exécutif a pris connaissance des importantes études préparatoires effectuées par la Direction de l'instruction publique et a approuvé une part essentielle de ses propositions. Il a néanmoins décidé de s'écarter du calendrier fixé afin que le rapport et les propositions puissent être précisés avant d'être présentés une nouvelle fois au cours du premier semestre 1984. Le Conseil exécutif considère en effet que l'importance du projet justifie un ajournement du débat parlementaire. La Direction de l'instruction publique a présenté au Gouvernement un rapport sur les fondements pédagogiques et théoriques, un rapport à l'intention du Grand Conseil et un projet d'arrêté du Grand Conseil. Cet arrêté définit la structure du système scolaire bernois tel qu'il s'articule selon les différents types d'écoles et comprend en outre des projets pour les arrêtés concernant spécifiquement chaque type d'école. Après avoir discuté la question de manière approfondie, le Conseil exécutif a conclu qu'il ne souhaitait pas soumettre l'affaire au Parlement cantonal dans sa forme actuelle. Il considère en effet que les documents doivent être condensés et, plus particulièrement, que le projet d'arrêté posant les principes doit avoir une

teneur plus concise. Cela permettra d'éviter que le Grand Conseil n'ait à accepter des engagements à long terme, se trouvant peut-être ensuite dans l'impossibilité, au moment crucial, de respecter ces engagements, qui peuvent consister notamment à édicter des prescriptions légales. Vu sous cet angle, il serait même possible d'envisager qu'il soit plus utile de ne formuler que des thèses.

Le Conseil exécutif a chargé la Direction de l'instruction publique de réexaminer dans ce sens ses propositions et les études de base. Afin de lui faciliter cette tâche, il a élaboré des directives concernant la refonte de certains points. *Oid*

Nous attirons votre attention...

Mitteilungen des Sekretariates

Das Sekretariat des Bernischen Lehrervereins bleibt vom 27. bis 30. Dezember 1983 geschlossen.

Der Kantonalvorstand BLV



Bernische Lehrerversicherungskasse

Die Ecke der Pensionskasse

Neuregelung der Gewährung von Wohnbaurdarlehen

Auf Antrag der Verwaltungskommission hat der Regierungsrat mit einem entsprechenden Beschluss am 19. Oktober 1983 der Neuregelung zur Gewährung von Wohnbaurdarlehen an Mitglieder der Bernischen Lehrerversicherungskasse zugestimmt und ein entsprechendes Reglement genehmigt. Die wichtigsten Bestimmungen und Voraussetzungen für die Gewährung eines Darlehens sind im nachstehenden Auszug aus dem Reglement enthalten:

Artikel 2

¹ Wohnbaurdarlehen können den Mitgliedern gewährt werden, die in einem definitiven Anstellungsverhältnis stehen.

² Muss auf den Zeitpunkt des Stellenantrittes die Hypothek eines früheren Arbeitgebers abgelöst werden, kann ausnahmsweise ein Darlehen gewährt werden, bevor das Dienstverhältnis definitiv wird.

Artikel 3

¹ Mit einer zinsgünstigen Nachgangsfinanzierung soll Mitgliedern der Bernischen Lehrerversicherungskasse ermöglicht oder erleichtert werden, Einfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen für den Eigengebrauch zu erwerben.

Bref communiqué

Cours de ski alpin

Nous attirons l'attention des enseignants sur le fait qu'une classe sera réservée spécialement aux collègues de 45 à 77 ans dans le cours de ski des 14 janvier, 21 janvier et 28 janvier 1984 (voir «Ecole bernoise» N° 25). Qu'ils n'hésitent pas à s'inscrire.

IEP

sur les communications de la rédaction publiées à la dernière page de ce numéro.

Merci!

Yves Monnin

Communications du Secrétariat

Le Secrétariat de la Société des enseignants bernois restera fermé du 27 au 30 décembre 1983.

Le Comité cantonal de la SEB



Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Le coin de la Caisse de pensions

Nouvelle réglementation pour l'octroi de prêts d'acquisition de maisons familiales ou d'appartements en copropriété

Sur demande de la Commission d'administration, le Conseil exécutif du canton de Berne a approuvé le 19 octobre 1983 le nouveau règlement concernant l'octroi de prêts d'acquisition de logements aux membres de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois. Nous avons extrait de ce règlement les dispositions et conditions principales suivantes valables pour l'octroi d'un prêt:

Article 2

¹ Des prêts peuvent être accordés aux membres de la CACEB nommés à titre définitif.

² Si une hypothèque doit être reprise de l'employeur précédent au moment de l'entrée en service, un prêt peut être exceptionnellement accordé avant que les rapports de service soient définitifs.

Article 3

¹ Par un financement complémentaire favorable, la CACEB facilite à ses membres la possibilité d'acquérir une maison familiale ou un appartement en copropriété habité en permanence par l'emprunteur et sa famille.

² Ausnahmsweise können Darlehen auch für Zwei- oder Dreifamilienhäuser, in denen der Darlehensnehmer eine Wohnung belegt, gewährt werden.

³ Die Belehnung von Renditehäusern und Zweitwohnungen sowie von Liegenschaften ausserhalb des Kantons Bern ist ausgeschlossen.

Artikel 4

¹ Die Darlehen werden als Nachgangshypothek zur Ergänzung der üblichen Bankfinanzierung gewährt und betragen im Einzelfall höchstens Fr. 90 000.—.

² Der Darlehensnehmer hat mindestens 10 % der Anlagekosten aus Eigenmitteln zu finanzieren.

³ Der Darlehensnehmer hat eine Todesfallrisikoversicherung abzuschliessen und die Ansprüche daraus der Versicherungskasse im Umfang der Darlehensschuld abzutreten; er kann von dieser Verpflichtung entbunden werden, wenn er gleichwertige Zusatzsicherheiten leistet.

Artikel 5

Die Darlehen sind zum jeweiligen Satz zu verzinsen, den die Hypothekarkasse für die Vermögensanlage der Lehrerversicherungskasse (Fondzins) anwendet.

Artikel 6

¹ Die Darlehen werden nach Massgabe ihres Betrages und des Alters des Darlehensnehmers auf eine Dauer von zehn bis zwanzig Jahren gewährt und sind jährlich zu amortisieren; die Rückzahlungspflicht kann auf Gesuch hin um höchstens drei Jahre aufgeschoben werden.

² Mit dem Austritt des Darlehensnehmers aus der Versicherungskasse wird die Restschuld sofort zur Rückzahlung fällig.

³ Stirbt der Darlehensnehmer, so werden die Leistungen der Lebensversicherung und die Darlehensrestschuld miteinander verrechnet und allfällige Überschüsse zugunsten des Darlehensnehmers den Erben ausbezahlt.

Artikel 7

¹ Die Bernische Lehrerversicherungskasse ist Gläubigerin.

² Die Hypothekarkasse verwaltet in ihrem Auftrag die Forderungstitel (Artikel 860 ZGB).

*

Gesuche sind an die Verwaltung der Kasse zu richten, wo auch ein entsprechendes Antragsformular verlangt werden kann. Für weitere Auskünfte steht Ihnen der Vorsteher der Lehrerversicherungskasse gerne zur Verfügung.

Bernische Lehrerversicherungskasse

² Exceptionnellement, un prêt peut être alloué pour une maison à deux ou trois familles, dont un appartement est occupé par l'emprunteur.

³ L'octroi de prêts pour des immeubles de rapport, des résidences secondaires ou des immeubles sis hors du canton de Berne est exclu.

Article 4

¹ Les prêts sont alloués sur hypothèque de rang inférieur en complément au financement ordinaire consenti par une banque. Un prêt ne pourra pas dépasser la somme de Fr. 90 000.—.

² L'emprunteur doit financer de ses moyens propres 10 % au moins du coût total.

³ L'emprunteur est tenu de conclure une assurance risque décès et de céder les droits qui en découlent à la CACEB jusqu'à concurrence du montant dont il est débiteur. La CACEB peut renoncer à cette condition si le membre fournit des sûretés supplémentaires de même valeur.

Article 5

Le prêt est accordé à un taux d'intérêt correspondant à celui que la Caisse hypothécaire bonifie à la CACEB pour ses fonds.

Article 6

¹ Le prêt devra être remboursé dans un délai de vingt ans selon son montant et l'âge de l'emprunteur. L'amortissement sera perçu annuellement. L'obligation de remboursement peut être ajournée de trois ans au maximum.

² En cas de sortie de l'emprunteur de la CACEB, le solde de la dette devra être remboursé immédiatement.

³ Si l'emprunteur vient à décéder, les prestations provenant de la police d'assurance cédée en nantissement seront compensées avec le solde de la dette. L'excédent éventuel reviendra aux héritiers.

Article 7

¹ La Caisse d'assurance du corps enseignant bernois est la créancière.

² La Caisse hypothécaire du canton de Berne gère au nom de la CACEB les titres de créance au sens de l'article 860 CCS.

*

Les demandes de prêts devront être adressées à l'administration de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois qui vous remettra une formule spéciale. L'administrateur se tient à disposition pour de plus amples renseignements.

Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Besprechung mit der Erziehungsdirektion

Montag, den 28. November 1983, von 14 bis 16.10 Uhr

Teilnehmer

Von der Erziehungsdirektion: Die Herren Erziehungsdirektor Henri-Louis Favre, Hans Ulrich Bratschi, Jean-Pierre Bourquin, Andreas Kämpfer, Urs Kramer, Beat Mayer, Denis Racle und Rolf Seiler.

Vom BLV: Regine Rentsch, Silvia Tschantré, Andreas Gerber, Yves Monnin, Jacques Paroz, Heinrich Riesen, Armin Schütz, Ulrich Thomann, Hansruedi Tröhler, Hansulrich Wyler und Moritz Baumberger.

Bei seiner Begrüssung unterstrich Erziehungsdirektor Favre die Wichtigkeit einer offenen Zusammenarbeit zwischen seiner Direktion und dem Lehrerverein. Nur gemeinsam war es zum Beispiel möglich, das in der Novembersession in zweiter Lesung verabschiedete Kindergartengesetz durch die schwierigen Beratungen zu bringen.

Kantonalpräsident Thomann griff zwei Äusserungen auf, welche in dem Referat von Urs Kramer anlässlich der Tagung der bernischen Vereinigung Schule-Elternhaus über die bernische Schulpolitik enthalten sind. Darin wird betont, dass den Kindern von heute und morgen zulieb gewisse Einstellungen und Mentalitäten geändert werden müssten und dass Grosszügigkeit, Offenheit, Toleranz, Liberalismus und Freude anzustreben seien. Eine solche Haltung erwartet der BLV auch von der ED.

Probleme mit den neuen Lehrplänen

Zentralsekretär Baumberger legte eine Liste von Problemen im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Lehrpläne für Primar- und Sekundarschulen aus der Sicht des BLV vor. Dabei streifte er politische und rechtliche Fragen sowie solche bezüglich der Arbeitsplätze, der Unterrichtsberechtigungen und der Anstellungsbedingungen.

Die Erziehungsdirektion hat die neuen Lehrpläne auf den 1. April 1984 in Kraft gesetzt, wobei für gewisse Neuerungen eine Übergangsfrist festgelegt wurde. Durch *verschiedene Beschwerden* und *politische Vorstösse* im Grossen Rat ist eine Verunsicherung entstanden. Wie beurteilt die ED die Situation?

Erziehungsdirektor Favre gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Lehrpläne wie vorgesehen in Kraft treten werden. Reformen können im Schulwesen nicht ohne gewisse Schwierigkeiten und Widerstände eingeführt werden. Aber es sind keine stichhaltigen Gründe vorgebracht worden, welche eine Änderung der Beschlüsse rechtfertigen würden. Der Regierungsrat hat die verschiedenen bei ihm eingereichten Beschwerden behandelt und aus Gründen der Zuständigkeit an das Bundesgericht weitergeleitet. Wegen des Widerstandes insbesondere aus der Region Thun wird die Erziehungsdirektion dem Regierungsrat einen Bericht unterbreiten.

Hans Ulrich Bratschi wies auf die Antworten der ED auf verschiedene offene Briefe hin. Seines Wissens ist die Sektion Thun vom Bundesgericht angegangen worden. Zur Zeit sei noch nicht klar, in welcher Weise die Beschwerde behandelt werde. Auf kantonaler Ebene haben die Vernehmlassungsfristen es verunmöglicht, die Interpellation Rychen noch in der Novembersession zu behandeln. Nun wird in der Februarsession voraussichtlich ein ganzes Paket von Vorstössen zum Lehrplan zu behandeln sein. Es ist aber aus rechtlichen Gründen nicht möglich, dannzumal Beschlüsse zu fassen, welche die für 1. April 1984 getroffenen Regelungen betreffend Schulorganisation, Klassenbildung, Pensenzuteilung, Lehrerwahlen usw. über den Haufen werfen. Zum Einwand, bei der Volksabstimmung zur Revision von PSG und MSG seien die Konsequenzen noch nicht klar gewesen, muss die Verwaltung feststellen, dass es unmöglich ist, mit den Gesetzesentwürfen schon alle Folgeerlasse vorzulegen, umso mehr, als in der parlamentarischen Beratung noch grundsätzliche Änderungen beschlossen werden können. Das gilt für alle Bereiche der Gesetzgebung.

Urs Kramer fügte hinzu, dass es sehr bedenklich wäre, wenn politisch zusammengesetzte Organe wie der Grosse Rat Einzelheiten des Unterrichts wie zum Beispiel die Lehrpläne festlegen würden. Damit wäre politischen Eingriffen ins Erziehungswesen Tür und Tor geöffnet. Im Interesse der traditionell freiheitlichen Berner Schule müsse die bestehende Kompetenzregelung erhalten bleiben.

Andreas Gerber wies auf die Schwierigkeiten hin, welche durch ein Rückkommen auf die gefassten Beschlüsse entstehen würden. Er meinte, ED und BLV hätten die politische Lage falsch eingeschätzt, deshalb sei eine an sich gute Sache in ein falsches Licht geraten.

Die Vertreter der ED hielten fest, dass die neuen Lehrpläne im Einklang mit den vom Volk beschlossenen Schulgesetzen und mit dem Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung stünden, dass der Wille zur Gleichbehandlung von Knaben und Mädchen im Fach Hauswirtschaft immer klar zum Ausdruck gebracht worden sei und dass nur in der parlamentarischen Kommission darüber eine kurze Diskussion stattgefunden habe, die Zielsetzung aber weder im Grossen Rat noch in der Vernehmlassung zu den Lektionentafeln im Jahr 1981 umstritten gewesen sei. Es gebe keinen Grund, das Inkrafttreten der Lehrpläne in Frage zu stellen.

Zentralsekretär Baumberger wies anschliessend auf die verbreitete und scheinbar an einzelnen Schulen begründete Angst der Lehrer hin, im kommenden Schulsemester einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitsplätze zu verlieren. Wie beurteilt die Erziehungsdirektion heute die Situation? Wird das gesamte *Unterrichtspensum* im Kanton aufgrund der neuen Lehrpläne abnehmen? Ist die ED bereit, schulisch sinnvolle Massnahmen zu ergreifen oder zu unterstützen, um dem Pensenschwund entgegen zu wirken, zum Beispiel indem der *fakultative Unterricht gemäss Artikel 26² PSG* noch für andere Fächer als nur Handarbeiten/Werken ermöglicht wird, indem die *Richtlinien für die Klassengrössen* vor allem im Bereich des Fachunterrichts korrigiert oder grosszügig angewendet werden, indem an *Mehrklassenschulen* nicht verschiedene Fächer gleichzeitig in derselben Klasse unterrichtet werden usw. Schwierigkeiten macht dem BLV auch die ungleiche Praxis von Sekundar- und Primarschulinspektoren hinsichtlich der *freiwilligen Pensenreduktion*.

Armin Schütz teilte mit, dass beim Primarlehrerverein recht häufig Meldungen eintreffen, wonach an Schulen die Pensen aufgrund des neuen Lehrplanes abnehmen. Sein Verein führt eine Umfrage durch, um die Folgen zahlenmässig belegen zu können. Zusatzlektionen und Lektionen für Teilpenslehrer werden möglicherweise weitgehend verschwinden. Betroffen sind einmal mehr insbesondere die Primarlehrer.

Urs Kramer bestritt, dass die neuen Lehrpläne eine Abwertung der Primarschule zur Folge hätten, das Gegenteil sei der Fall. Inbezug auf die Pensen dürfe man nicht die Folgen des Schülerrückganges und der damit begründeten Klassenschliessungen dem neuen Lehrplan anlasten. Der neue Lehrplan dürfe nicht dazu missbraucht werden, eine ungerechtfertigte Struktur- oder Stellen-erhaltung zu betreiben. Nach wie vor ist die ED der Überzeugung, dass im Normalfall der neue Lehrplan keine Reduktion des Gesamtpensums zur Folge hat, wohl aber Verschiebungen. Sollten nach dem Ausnutzen aller Möglichkeiten trotzdem Pensenschwierigkeiten entstehen, sind die Inspektoren durch die Erziehungsdirektion angewiesen worden, durch flexible Handhabung der Richtlinien über die Schülerzahlen, vernünftige Lösungen suchen zu helfen. Eine weitere Reduktion der Richtlinien für die Klassengrössen ist gegenwärtig nicht möglich. Der Regierungsrat hat auf Drängen der ED darauf verzichtet, die Richtzahlen zu erhöhen. Die in Ziffer 1.7 der Richtlinien enthaltenen Bestimmungen, welche den besonderen Umständen Rechnung tragen, bieten den Behörden gute Möglichkeiten zur Lösung örtlicher Pro-

bleme. Sollte sich jedoch zeigen, dass mit den veröffentlichten Richtzahlen unüberwindliche Schwierigkeiten entstehen, ist die Erziehungsdirektion zur Prüfung von Korrekturen bereit.

Andreas Kämpfer ergänzte, dass zum Beispiel im Fach Handarbeiten/Werken oder in der Hauswirtschaft bei der Klassenbildung die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze in den Spezialräumen zu berücksichtigen ist.

Hans Ulrich Bratschi bestätigte die aus den neuen Umständen wachsende Unsicherheit. Auch die ED wartet gespannt auf die real entstehenden Verhältnisse und ist überzeugt, dass diese sich in kurzer Zeit einspielen werden. «Hochrechnungen» sind immer unsicher. Die Inspektoren sind von der ED angewiesen worden, möglichst entgegenkommend zu sein. Andererseits darf auch von den Lehrern Flexibilität und Solidarität erwartet werden.

Yves Monnin bat darum, dass die Lehrer im französischsprachigen Kantonsteil möglichst rasch über die neuen Bestimmungen orientiert werden, damit sie die nötigen Vorkehrungen treffen können.

Denis Racle legte dar, dass alle Sekundarschulen schriftlich über die neuen Stundentafeln informiert worden sind und dass auch die SEJB informiert ist.

Jacques Paroz ersuchte die ED, auch den französischsprachigen Primarschulen eine offizielle Mitteilung zukommen zu lassen.

Erziehungsdirektor Favre betonte noch einmal sein Vertrauen in die Inspektoren, welche die nötigen Kompetenzen erhalten haben, um vernünftige und den örtlichen Verhältnissen angepasste Lösungen zu ermöglichen.

Zentralsekretär Baumberger ersuchte um Verständnis für die Lehrer, welche durch die Änderungen im Gegensatz zur Verwaltung eben direkt in ihrer Berufsarbeit, in ihrer sozialen Sicherheit und möglicherweise finanziell betroffen werden. Kein Angestellter lässt sich widerstandslos den Lohn um mehrere hundert Franken im Monat kürzen. Die ED könnte mithelfen, derartige Folgen zu vermeiden, wenn sie einige Forderungen des BLV unterstützen würde, zum Beispiel

- die anteilmässige *Altersentlastung* für Lehrer mit Teilpensen,
- das Aufheben des *Ausweisobligatoriums für Wahlfachunterricht* an den Primarschulen,
- die Änderung der allgemeinen *Anstellungsbedingungen für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen*,
- bessere Bedingungen der Lehrerversicherungskasse bei der *freiwilligen Pensenreduktion* älterer Lehrer,
- bessere Behandlung der Lehrer mit erzwungenen Pensenreduktionen durch die *Arbeitslosenversicherung* usw.

Der BLV müsste mit allen Mitteln dagegen kämpfen, wenn ab 1. April 1984 mit Vollpensum gewählte Lehrer, die aus schulorganisatorischen Gründen Wahlfachunterricht übernehmen müssen, wegen fehlenden Ausweisen Lohnkürzungen in Kauf zu nehmen hätten.

Die Vertreter der Erziehungsdirektion erklärten, dass es unmöglich sei, auf Frühling 1984 die rechtlichen Grundlagen bezüglich der Altersentlastung, der Wahlfachausweise und der Pensengarantie für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen den Wünschen des BLV netsprechend zu ändern. Zwar seien gewisse Änderungen bezüglich der allgemeinen Anstellungsbedingungen und der Altersentlastung in Vorbereitung, für Änderun-

gen mit weitreichenden Konsequenzen aber reiche die zur Verfügung stehende Zeit nicht. Die Forderungen des BLV seien in den beratenden Gremien der ED in Arbeit, könnten aber auf Frühling 1984 in keinem Fall verwirklicht werden.

Ulrich Thomann wies darauf hin, dass diese Forderungen seit Jahren hängig sind und dass auch für den BLV ein Zeitproblem besteht. Mit gutem Willen müssten die Anliegen des BLV zu erfüllen sein.

Armin Schütz zeigte eine Reihe von Inkonsistenzen und Rechtsungleichheiten auf, welche insbesondere bei den Wahlfachausweisen die Primarlehrer benachteiligen.

Urs Kramer erklärte, dass die ED nicht einfach frei entscheiden könne, sondern das Einverständnis verschiedenster Kreise suchen müsse. Sie könne auch nicht dem Ergebnis von in Auftrag gegebenen Untersuchungen vorgreifen.

Die ED sieht sich gezwungen, die aufgrund der Bestimmungen von Art. 27.b des Primarschulgesetzes erlassenen Regelungen weiterhin anzuwenden.

Andreas Kämpfer gab der Überzeugung Ausdruck, dass die Anstellungsverhältnisse frühestens auf die Wahlen 1986 geändert werden könnten, falls die gründliche Prüfung eine Notwendigkeit dazu ergäbe.

Abschliessend wies Zentralsekretär Baumberger noch auf Eingaben der *Diplomturnlehrer* bezüglich ihrer Berufssituation und des *Bernischen Vereins für Handarbeit und Schulreform* bezüglich der Unterrichtsberechtigung für den nichttextilen Unterricht im Fach Handarbeiten/Werken hin.

Bei verschiedenen Problemen im Zusammenhang mit den neuen Lehrplänen bestehen bei ED und BLV unterschiedliche Auffassungen.

Probleme der Lehrerfortbildung

Im Anschluss an die Auseinandersetzung um die vorgeschlagenen Budgetkürzungen hatte der BLV eine Aussprache über die Lehrerfortbildung gewünscht.

Einleitend legte Erziehungsdirektor Favre dar, dass kürzlich ein Gespräch zwischen ihm und den beiden Leitern der Zentralstellen für Lehrerfortbildung stattgefunden habe. Die Herren Jeanneret und Lanker seien beauftragt worden, bis zum 20. Dezember 1983 Vorschläge zu unterbreiten, wie die vom Grossen Rat zuzätzlich bewilligten Mittel zu verwenden seien.

Kurssekretär Riesen bedauerte, dass die beiden Verantwortlichen jeweils nicht anwesend seien, wenn in den Besprechungen ED/BLV Fragen der Lehrerfortbildung behandelt würden. Für den BLV sei entscheidend, dass in Zukunft die in Art. 6 des Dekretes über die Lehrerfortbildung festgelegten Kompetenzen besser eingehalten würden. Er betrachte mit dem Beschluss des Grossen Rates die im Regierungsratsbeschluss Nr. 1263 festgelegten Massnahmen und Prioritäten aus dem Schreiben der ED vom 1. April 1983 als hinfällig. Die Fortbildungskommissionen sollten nun einen Bericht über die zukünftige Gestaltung der Lehrerfortbildung ausarbeiten, in welchem neben kurzfristigen Sparmöglichkeiten auch längerfristige Entwicklungen beachtet, die Kompetenzen der Beteiligten geklärt und zeitlich vernünftige Arbeitsabläufe festgelegt würden. Dem BLV sei es zudem ein besonderes Anliegen, dass in Zukunft bei allen Neuerungen mit Konsequenzen für die Lehrerfortbildung auch die Finanzierung der notwendigen Massnahmen beschlossen würde.

Jacques Paroz expliqua, que ce n'est pas le manque de confiance, mais le manque de communication qui a causé le problème. Il déclara que le SEB avait le devoir de rétablir la confiance, ce qu'il fera en publiant le rapport de la commission d'enquête.

Erziehungsdirektor Favre remercia pour l'ouverture de la discussion, qui a permis de constater que la confiance n'est pas perdue, mais qu'il faut améliorer la communication. Il déclara que le SEB avait le devoir de rétablir la confiance, ce qu'il fera en publiant le rapport de la commission d'enquête.

Die nächste Aussprache ED/BLV wird am 30. Januar 1984 stattfinden.

Dieser Bericht wurde den Besprechungsteilnehmern vor der Veröffentlichung unterbreitet.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Extrait des délibérations du Comité cantonal de la SEB

Séance du mercredi 23 novembre 1983

Présidence: Ulrich Thomann

Prêts hypothécaires

Le président Ulrich Thomann ouvre la séance en informant que le Conseil exécutif a fait entrer en vigueur le 1^{er} novembre 1983 la nouvelle réglementation sur les prêts hypothécaires. Quinze millions de francs ont été prélevés du capital de couverture de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB) et libérés pour le financement de prêts hypothécaires à un taux avantageux. Des prêts jusqu'à 90 000 francs peuvent être accordés aux membres de la Caisse pour le financement de maisons familiales ou d'appartements en copropriété en complément au financement ordinaire consenti par les banques. Le prêt est accordé à un taux d'intérêt correspondant à celui que la Caisse hypothécaire bonifie à la CACEB pour ses fonds. Les demandes de prêts doivent être adressées à la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois qui est à disposition pour de plus amples renseignements.

Approbation des statuts

Le Comité cantonal approuve les statuts de la Société bernoise des professeurs d'école normale. Il reste encore malheureusement certaines sections et organisations de degrés qui n'ont pas revu leurs statuts.

Secrétariat

Comme à l'accoutumée, le Secrétariat central de la SEB restera fermé entre Noël et Nouvel-An.

Calendrier 1984

Assemblée des délégués de la SEB: mercredi 30 mai 1984.

Comité cantonal: 25 janvier, 29 février, 21 mars, 2 mai, éventuellement 24 mai, 27 juin, 29 août, 19 septembre, 31 octobre, 21 novembre, 12 décembre 1984.

Comité directeur: chaque lundi soir durant les périodes scolaires.

«Schlupfhuus» Berne

A la demande de la société «Schlupfhuus», l'information décidée pour la région de Berne lors de la séance d'octobre sera communiquée à toutes les sections de la SEB. Le rédacteur la publiera dans l'«Ecole bernoise».

Enseignants auxiliaires dans les écoles professionnelles

Le Comité cantonal a été informé qu'il y aura dorénavant des différences de traitement entre les maîtres primaires et les maîtres secondaires enseignant accessoirement les branches générales dans les écoles professionnelles, et ce quand bien même ils ont suivi la même formation pour cet enseignement et sont soumis aux mêmes exigences. La Société des enseignants primaires aussi bien que la Société des maîtres aux écoles professionnelles et que les directeurs des écoles professionnelles s'opposent à cette nouveauté injustifiée.

Dans une lettre adressée au directeur de l'Economie publique, le Comité directeur le remercie d'avoir pris en considération la plupart de ses propositions sur l'ordonnance sur le personnel des écoles et institutions de formation professionnelle. Il dit aussi, de manière très détaillée, pourquoi la réglementation mentionnée plus haut ne se justifie pas et demande instamment de corriger la classification contestée.

Rédacteur de la «Schulpraxis»

Le Comité cantonal s'entretient longuement avec les deux candidats à la succession de Hans-Rudolf Egli au poste de rédacteur de la «Schulpraxis». Il estime important que notre journal corporatif soit axé sur la pratique de la formation continue et serve les intérêts des enseignants en fonction. Il doit également conserver un langage compréhensible pour tous et un niveau élevé et faire droit aux intérêts multiples des membres de notre société. Le Comité cantonal préfère un rédacteur responsable qui s'adjointrait, au besoin, des collaborateurs à une équipe de rédacteurs sur pied d'égalité. Il est convaincu que seul un enseignant avec une longue expérience professionnelle peut répondre aux besoins de ses collègues. Il proposera à l'AD du printemps 1984 le candidat qui remplit le mieux ces conditions.

Date d'expédition de l'«Ecole bernoise»

Le journal n'étant envoyé, ici et là, qu'après la fin de la semaine, le Secrétariat a été chargé d'examiner le problème. L'imprimerie remet à temps les journaux à la poste. Mais comme ils sont expédiés comme «envois non urgents», il arrive parfois des retards, selon le travail de la poste. Le tarif normal serait beaucoup plus élevé. Pour cette raison, le Comité cantonal n'envisage pas de modifier pour l'instant le mode d'expédition.

Grand Conseil

Le secrétaire central informe les organes directeurs de la SEB des affaires discutées au Grand Conseil durant la session de novembre.

La discussion générale sur le programme d'allègement du Gouvernement n'aboutit à aucun résultat, le directeur des Finances n'étant pas disposé à donner des informations sur des points particuliers. Pour cette raison, il ne fut pas possible au Grand Conseil d'examiner au préalable

les faits présentés par la SEB. Il fallut attendre la discussion du budget et du plan financier. Il fut alors possible d'expliquer la contribution de la formation et des enseignants à l'amélioration de la situation financière. Malgré notre proposition, le Grand Conseil n'a pas totalement renoncé à opérer des réductions dans le compte «perfectionnement des enseignants». Il a toutefois ramené la réduction proposée à un niveau acceptable et significatif au Gouvernement qu'il n'approuvait pas les options prises dans la décision gouvernementale de mars 1983.

La loi sur les jardins d'enfants a passé la deuxième lecture sans modifications et a été approuvée par 125 voix contre 0. Un domaine important de notre école se trouve ainsi doté d'une base légale propre qui permet une amélioration sensible des conditions d'engagement des jardinières d'enfants. Le Grand Conseil a refusé d'introduire le principe de la nomination d'expertes et de mentionner expressément dans la loi le partage des emplois (demi-postes) déjà possible actuellement. Le directeur de l'Instruction publique a déclaré que les jardinières d'enfants pouvaient demander aux inspecteurs de s'adjoindre des jardinières d'enfants expérimentées pour tous les problèmes spécifiques. Grâce à l'engagement des organisations d'enseignants, l'essentiel a pu être préservé, malgré les longues tribulations subies par la loi.

Le décret sur les écoles de musique, approuvé après des discussions parfois animées, est aussi d'une grande importance. Il donne une base légale uniforme pour les plus de vingt écoles de musique et conservatoires et leurs 15 000 élèves. Les conditions d'engagement des enseignants ont été sensiblement améliorées, même si on n'est pas parvenu à ramener le nombre d'heures obligatoires d'enseignement au niveau de celui des autres catégories d'enseignants. Le Grand Conseil entendait maintenir dans des limites acceptables la charge financière déjà lourde de l'Etat et des communes.

Les crédits supplémentaires et les constructions scolaires ne provoquent aucune discussion.

C'est sans opposition que furent également acceptées la motion Heynen pour la mise en place d'une commission «Ecole normale-Université», ainsi que les motions Rychen et Hamm pour une révision du décret d'organisation de la Direction de l'Instruction publique. Le Grand Conseil a toutefois renoncé à exiger le partage en plusieurs subdivisions du Service de l'enseignement.

Le Grand Conseil a refusé la discussion sur l'interpellation Hamm concernant «la détérioration du perfectionnement des enseignants» quand bien même la réponse écrite pouvait donner lieu à nombre de remarques.

Par contre, la réponse à l'interpellation Klopffstein concernant les branches facultatives dans les écoles moyennes supérieures a été longuement discutée. Le Grand Conseil a exigé que les écoles normales offrent une palette suffisamment large pour l'enseignement de la musique.

La députée Steiner s'est déclarée non satisfaite des renseignements concernant une école normale de pédagogie curative. Elle en attend la réalisation prochaine. La députée Meyer regrette aussi que la phase de formation complémentaire prévue dans le projet de réforme de la formation des enseignants primaires ne puisse pas être réalisée. Elle se déclare toutefois satisfaite de la réponse.

La volonté d'économie du Parlement est particulièrement perceptible dans l'éducation. On ne peut plus rien obtenir pour des réformes coûteuses. Des changements

sont encore possibles par des déplacements de dépenses, comme, par exemple, dans le décret sur le subventionnement des constructions scolaires.

Le Grand Conseil a pris connaissance d'une déclaration du Conseil exécutif disant que le calendrier pour la discussion de la révision totale de la législation bernoise en matière de formation ne pourra pas être tenu, le projet, bon en lui-même et soumis à temps par la Direction de l'Instruction publique, devant être revu et condensé. Le président Bärtschi exprima l'espoir du Grand Conseil qu'il n'y aurait pas que le projet 5/4 qui serait proposé, mais que les documents présentés devraient permettre de discuter réellement et de faire des choix.

Des interventions personnelles concernant les nouveaux plans d'études, les conditions d'engagement des maîtresses d'ouvrages et le nombre des enseignants à former ont été déposées.

L'école bernoise est en mouvement.

LAA

D'importantes décisions ont été prises en vue de l'application de la loi fédérale sur l'assurance accidents. Le Comité cantonal se déclare d'accord

- que l'employeur paie les deux tiers et l'employé le tiers des primes pour l'assurance contre les accidents non professionnels;
- que les prestations complémentaires soient assurées, à savoir une année de traitement en cas d'invalidité, et, en cas de décès, six mois de traitement, mais au minimum 20 000 francs;
- que la part des primes des enseignants (4,35⁰/₁₀₀ pour les hommes et 2,95⁰/₁₀₀ pour les femmes) soit prélevée directement du traitement.

Rencontre SEB-DIP

Le Comité cantonal propose toute une série de questions en relation avec les nouveaux plans d'études pour la rencontre du 28 novembre 1983 avec la Direction de l'Instruction publique. Il s'agira, en outre, d'éclaircir certains principes concernant le perfectionnement des enseignants.

Assistance juridique

Les organes directeurs de la SEB prennent connaissance des remerciements de différents membres qui ont été aidés et ils requièrent l'avis du juriste dans un cas contesté de droit aux allocations pour enfants.

Contribution à l'association «Ecole et foyer»

Le Comité cantonal autorise le versement d'une contribution de 500 francs à la section bernoise de l'Association suisse «Ecole et foyer» pour couvrir les frais du séminaire du 19 novembre 1983 au cours duquel le président cantonal de la SEB, Ulrich Thomann, et le secrétaire central, Moritz Baumberger, se sont exprimés sur des questions concernant la relation entre l'école et la famille.

Aide des retraités à l'ASE

Les retraités ont versé quelque cinquante mille francs à l'Association suisse des enseignants pour l'aider à sortir d'une impasse financière. Le Secrétariat est chargé de s'informer du montant versé par les Bernois.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

In eigener Sache

Erscheinungsdaten des BSB 1984

Nr. 1	6. Januar
2	20. Januar
3	3. Februar
4	17. Februar
5	2. März
6	16. März
7	30. März
8*	13. April
9	27. April
10	11. Mai
11	25. Mai
12	8. Juni
13	22. Juni
14	6. Juli
15/16*	3. August
17	17. August
18	31. August
19	14. September
20	28. September
21*	12. Oktober
22	26. Oktober
23	9. November
24	23. November
25	7. Dezember
26	21. Dezember

Redaktionsschluss

Jeweils Dienstag 12 Uhr der Vorwoche, für die Nummern mit * am Dienstag der letzten Berner Schulwoche.

Neue Honorarregelung

Das Zeilenhonorar beträgt neu Fr. —.30 bis —.40. Halbe und ganze Seiten werden pauschal entschädigt.

Achtung: Honorare werden nur noch auf ein Postcheckkonto ausbezahlt (bitte Kontonummer und Kontobezeichnung dem Manuskript beilegen). Entschädigungen unter Fr. 10.— erhält ein gemeinnütziges Werk.

Belegexemplare

Wir setzen voraus, dass bernische Lehrkräfte Abonnenten des BSB sind. Belegexemplare werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zugestellt.

Allen unsern Leserinnen und Lesern wünschen wir besinnliche Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Christian Jaberg

Redaktion:

Christian Jaberg, Postfach 53, 3032 Hinterkappelen,
Telefon 031 36 06 75.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Dates de parution de l'«Ecole bernoise» en 1984

N° 1	6 janvier
2	20 janvier
3	3 février
4	17 février
5	2 mars
6	16 mars
7	30 mars
8*	13 avril
9	27 avril
10	11 mai
11	25 mai
12	8 juin
13	22 juin
14	6 juillet
15/16*	3 août
17	17 août
18	31 août
19	14 septembre
20	28 septembre
21*	12 octobre
22	26 octobre
23	9 novembre
24	23 novembre
25	7 décembre
26	21 décembre

Délai de rédaction

Le mardi, 12 heures, de la semaine précédant la parution; pour les numéros *: le mardi de la dernière semaine d'école de la ville de Berne.

Honoraires

Fr. —.30 à —.40 la ligne (selon les articles). Rétribution forfaitaire pour les demi-pages et les pages entières.

Attention: les honoraires ne seront versés que sur compte de chèques (l'indiquer avec le manuscrit). Les montants inférieurs à Fr. 10.— seront versés à une œuvre d'utilité publique.

Exemplaires supplémentaires

Nous partons du principe que tous les enseignants bernois sont abonnés à l'«Ecole bernoise». Des exemplaires supplémentaires ne seront envoyés que sur demande expresse des personnes concernées.

En souhaitant de joyeuses fêtes à tous nos lecteurs, nous leur adressons nos vœux les meilleurs pour la nouvelle année.

Yves Monnin

Rédaction pour la partie française:

Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunnigasse 16,
3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

In eigener Sache

Erscheinungsdaten des BSB 1985

Nr. 1	11. Januar
2	25. Januar
3	8. Februar
4	22. Februar
5	8. März
6	22. März
7	5. April
8*	19. April
9	3. Mai
10	17. Mai
11	31. Mai
12	14. Juni
13	28. Juni
14*	12. Juli
15/16*	9. August
17	23. August
18	6. September
19	20. September
20*	4. Oktober
21	18. Oktober
22	1. November
23	15. November
24	29. November
25	13. Dezember
26	27. Dezember

Dates de parution de l'«Ecole bernoise» en 1985

N° 1	11 janvier
2	25 janvier
3	8 février
4	22 février
5	8 mars
6	22 mars
7	5 avril
8*	19 avril
9	3 mai
10	17 mai
11	31 mai
12	14 juin
13	28 juin
14*	12 juillet
15/16*	9 août
17	23 août
18	6 septembre
19	20 septembre
20*	4 octobre
21	18 octobre
22	1 ^{er} novembre
23	15 novembre
24	29 novembre
25	13 décembre
26	27 décembre

Rq 4823

Redaktionsschluss

Jeweils Dienstag 12 Uhr der Vorwoche, für die Nummern mit * am Dienstag der letzten Berner Schulwoche.

Délai de rédaction

Le mardi, 12 heures, de la semaine précédant la parution; pour les numéros *: le mardi de la dernière semaine d'école de la ville de Berne.

Berner Schulblatt

L'Ecole bernoise

117. Jahrgang — 1. Januar 1984 bis 31. Dezember 1984

117^e année — 1^{er} janvier 1984 au 31 décembre 1984

Inhaltsverzeichnis 1984

Deutscher Teil

I. Schulpolitisches

Aekenmatter Initiative	250
Altersentlastung der Lehrer	265
Anstellungsbedingungen der Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnen	300
Bildungsurlaube	238
Die bernische Volksschule der Zukunft	295
Dienstaltersgeschenk	194
Diplomfeier für das Höhere Lehramt	303
Erinnern Sie sich noch?	53

Table des matières 1984

125 Jahre Freies Gymnasium	335
Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung (GBG)	334, 393
Geschehen noch Wunder?	13
Handarbeiten/Werken	128, 191, 238, 301, 369
Informatik	70, 71, 132, 334
Lehrerarbeitslosigkeit 267, 268, 269, 270, 337, 345, 395	
Lehrerbildung gestern, heute und morgen	381
Lehrplan	13, 99, 130
Mehr Flexibilität in Bern	82, 83, 99, 131
Nachteile zu kleiner Klassen	97, 131
Pestalozzifeier 1984	179
Pflichtstundenzahl für Sekundarlehrer	84
Schulkoordination	384
Wahlfachunterricht	191, 192, 394